

■ Krankenhaus-Report 2012

Der im Juni vorgestellte Krankenhaus-Report 2012 der Barmer GEK hat als Schwerpunktthema die „Akutstationäre Versorgung des Prostatakarzinoms“. Die Ergebnisse einer ergänzenden Versichertenbefragung zeigen, dass ein operativer Eingriff trotz schonenderer OP-Techniken auch heute noch hohe Komplikationsraten und eine starke Einschränkung der Lebensqualität zur Folge hat. Ein Jahr nach Krankenhausaufenthalt klagen fast 70 Prozent über Erektionsstörungen, 53 Prozent über sexuelles Desinteresse und rund 16 Prozent über Harninkontinenz. Dementsprechend sind die Zufriedenheitswerte nur durchschnittlich: 52 Prozent der Befragten sind mit dem Behandlungsergebnis uneingeschränkt zufrieden, 41 Prozent nur eingeschränkt und 7 Prozent sind unzufrieden.

Unter den Behandlungsmethoden im Krankenhaus ist die operative Prostatektomie mit Abstand am häufigsten – die „radikale Prostatektomie“ erfolgt in jedem zweiten Fall. Allerdings ist seit 1005 der Anteil der gefäß- und nervenerhaltenden Operationen bei prostataerkrankten Männern von 30 auf 55 Prozent gestiegen.

MEHR INFOS:

www.barmer-gek.de

■ Akademisierung der Gesundheitsfachberufe

Der Wissenschaftsrat hat Mitte Juni Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Gesundheitsfachberufe vorgelegt. Darin spricht er sich für eine partielle Akademisierung der Pflegeberufe aus. Seiner Auffassung nach reichen die üblichen Ausbildungen der Gesundheitsberufe an berufsbildenden Schulen nicht mehr aus, um die Herausforderungen des demografischen Wandels und die epidemiologischen Veränderungen zu bewältigen. Diese Entwicklungen führten neben einer quantitativen Ausweitung zu einer qualitativen Veränderung der Versorgungsbedarfe. Hierbei würde insbesondere der sektorübergreifenden und interdisziplinären Versorgung an den Schnittstellen der unterschiedlichen Gesundheitsversorgungsberufe eine entscheidende Bedeutung zukommen.

Konkret empfiehlt der Wissenschaftsrat, „das in komplexen Aufgabenbereichen der Pflege, der Therapieberufe und der Geburtshilfe tätige Fachpersonal künftig an den Hochschulen auszubilden“. Akademisch qualifiziert werden sollten 10 bis 20 Prozent eines Ausbildungsjahrgangs. Darüber hinaus spricht sich der Rat dafür aus, Studienangebote für ausgebildete, erfahrene Kräfte zu entwickeln, um diesen attraktive Möglichkeiten zur akademischen Weiterbildung zu eröffnen. Die dafür erforderlichen Studienplätze sollten stärker als bisher an staatlichen Hochschulen und Universitäten eingerichtet werden. Darüber hinaus hält es der Wissenschaftsrat für erforderlich, genuine Forschung auf- und auszubauen und wissenschaftliche Karrierewege zu schaffen, um so eigenständige wissenschaftliche Disziplinen im Bereich der Gesundheitsberufe bilden zu können.

Zur weiteren Verbesserung der ärztlichen und zahnärztlichen Ausbildung empfiehlt der Wissenschaftsrat, die Möglichkeiten zur Bildung individueller Studienschwerpunkte auszuweiten, das Studium stärker kompetenzorientiert, problemorientiert und patientenzentriert zu gestalten und die Vermittlung wissenschaftlichen Arbeitens stärker zu gewichten.

Der Wissenschaftsrat berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung.

MEHR INFOS:

www.wissenschaftsrat.de

■ GMK-Beschluss zum Gesundheitsziel „Gesund älter werden“

In der Gesundheitsministerkonferenz Ende Juni 2012 in Saarbrücken haben sich die Länder einstimmig für die Umsetzung des nationalen Gesundheitsziels „Gesund älter werden“ ausgesprochen. In ihrem Beschluss erkennen sie nicht nur das Konzept als wichtige Grundlage für ihre eigenen Zielprozesse und prioritären Handlungsfelder an, sondern bitten u.a. auch die Kommunen, die konzeptionellen Überlegungen zu den Kernthemen Gesundheitsförde-

rung, Prävention und Versorgung älterer Menschen als Handlungsgrundlage zu nutzen.

Das Ziel wurde von Expertinnen und Experten der im Kooperationsverbund gesundheitsziele.de zusammengeschlossenen Institutionen erarbeitet und im März 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt. In drei Handlungsfeldern wurden insgesamt dreizehn Ziele formuliert und dazu Teilziele und Maßnahmenvorschläge festgelegt. Die Publikation kann unter gesundheitsziele@gvg.org kostenlos angefordert werden.

MEHR INFOS:

www.gvg.org

■ Löhne und Arbeitsbedingungen in der Krise

In den Ländern der Europäischen Union hat sich die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 bis 2010 deutlich auf die Einkommens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung ausgewirkt. Dies zeigt die jüngst erschienene Studie „Wages and working conditions in the crisis“ der Europäischen Stiftung zur Erforschung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Dublin.

Allerdings, so ein zentrales Ergebnis der Studie, waren Lohnkürzungen nicht die zentrale Strategie bei der Krisenbewältigung in den Unternehmen, vielmehr stagnierten die (Stunden)Löhne und Gehälter. Das Mittel der Wahl waren dagegen Entlassungen und die Reduzierung von Arbeitszeit. Dies betrafen insbesondere niedrig entlohnte und einfachere Arbeiten. Bei besser bezahlten Jobs wurden eher Sonderzahlungen und andere Gehaltspuffer gekürzt. Arbeitgeber, so die Studie, befürchten, dass sich Einkommenseinbußen stark auf die Motivation und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auswirken. Dies wiederum, so zeigt die Studie, kann sich negativ auf die Produktivität der Beschäftigten auswirken und hat damit am Ende negative Folgen für die Gesamtwirtschaft.

Auch mit Blick auf die EU-2020-Strategie, so betont die Stiftung, gebe die jüngste Entwicklung Anlass zur Sorge: Bestimmte Bevölkerungsgruppen, wie Migrantinnen und Migranten und/oder niedrig qualifizierte Personen, wurden

von der Krise besonders stark getroffen. Diese Personengruppen haben eine ohnehin schwache Position auf dem Arbeitsmarkt, befinden sich in prekären Arbeitssituationen und seien von sozialer Ausgrenzung bedroht. Für besser Qualifizierte habe sich die Krise in Karrierestillstand ausgewirkt. Job-Mobilität wurde vermieden und dagegen eine Strategie des „Halte-was-man-hat“ verfolgt. Fragen „guter Arbeit“ und der Schaffung von Beschäftigungsfähigkeit gerieten insbesondere bei den Verhandlungen der Sozialpartner aus dem Blickfeld.

MEHR INFOS:

www.eurofound.europa.eu

■ Leistungen für Asylbewerber in Deutschland nicht menschenwürdig

In Deutschland befinden sich derzeit 63.000 Menschen im Asylverfahren. 130.000 Ausländer beziehen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Das Bundesverfassungsgericht hat nun am 18. Juli verkündet, dass die Leistungen für diesen Personenkreis zu niedrig und mit dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums unvereinbar sind. Die Höhe der Geldleistungen sei „evident unzureichend“, so das Bundesverfassungsgericht wörtlich, weil sie seit 1993 in Deutschland nicht verändert worden sei. Trotz erheblicher Preissteigerungen seit 1993 betragen die monatlichen Leistungen noch immer nur rd. 220 Euro für Asylbewerber, für Hartz-IV-Empfänger beträgt die Regelleistung dagegen 374 Euro pro Monat und wird regelmäßig angepasst. Das Bundesverfassungsgericht beanstandete darüber hinaus auch die Nachvollziehbarkeit der Berechnungen. Das Urteil kann unter dem Aktenzeichen 1 BvL 10/10 auf der Homepage des Bundesverfassungsgerichts gelesen werden.

Nun sind Regierung und Parlament verpflichtet, die Leistungen neu zu regeln. Bis dies geschehen ist, gilt eine Übergangsregelung. Das zuständige Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat angekündigt, unverzüglich eine verfassungskonforme Neuregelung zu erarbeiten. Hierzu wurde eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingerichtet, die

Eckpunkte für eine Neuregelung erarbeiten soll. Ein Zeitplan liegt noch nicht vor.

MEHR INFOS:

<http://www.bundesverfassungsgericht.de>

■ Verlorene Generation

Millionen junger Menschen, insbesondere in Europa, suchen vergeblich einen festen Job. Hierauf macht die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) der Vereinten Nationen in ihrem aktuellen Report „Global Employment Trends for Youth 2012“ aufmerksam. Die Wirtschafts- und Finanzkrise beendete abrupt einen nach 2002 rückläufigen Trend bei der Jugendarbeitslosigkeit und kehrte ihn um. Global waren im Jahr 2011 12,6 Prozent der Menschen unter 25 Jahren arbeitslos, das sind fast 75 Millionen Menschen – ein Anstieg um vier Millionen seit 2007. Ganz besonders ist Europa betroffen. Die Arbeitslosenquote stieg bei den 15- bis 24-Jährigen in der EU und den anderen entwickelten Industrieländern zwischen 2008 und 2011 mit 26,5 Prozent weltweit am stärksten. Das entspricht einem Anstieg um 4,7 Prozentpunkte gegenüber 2008 auf 18,1 Prozent. Am stärksten betroffen sind Spanien und Griechenland. Zwar kann die ILO für Griechenland mangels konkreter Daten keine aktuellen Zahlen nennen (in anderen Quellen werden derzeit rd. 50 Prozent angegeben), weist aber für Spanien eine Höhe der Jugendarbeitslosigkeit von 46,4 Prozent aus. Dem folgen Kroatien mit 35,8 und die Slowakei mit 33,6 Prozent. Die ILO warnt, dass eine Besserung der Situation kaum in Sicht sei, es drohe eine verlorene Generation. Entmutigt würden sich viele junge Menschen entweder von einem unsicheren und schlecht bezahlten Job zum nächsten hangeln oder die Arbeitssuche aufgeben, im Bildungssystem bleiben und die Arbeitsaufnahme auf später verschieben. Genau dies aber, so die ILO, verlagert die Probleme nach hinten, wenn nachrückende Jahrgänge gleichzeitig mit jenen auf den Arbeitsmarkt drängen, die ihren Einstieg aufgeschoben haben. Auch erzeuge die erfolglose Jobsuche bei vielen jungen Menschen ein Gefühl der sozialen Ausgrenzung und Nutzlosigkeit. Die ILO mahnt energische Gegenmaßnahmen

zum Beispiel durch eine verstärkte aktive Arbeitsmarktpolitik an.

MEHR INFOS:

www.ilo.org

■ Arbeits- und Lebensbedingungen der jungen Generation

Weltweit gingen im Jahr 2011 vornehmlich junge Menschen auf die Straße, um gegen die bestehenden Systeme, Chancenungleichheiten und Perspektivlosigkeit zu demonstrieren. Diese aktuellen Entwicklungen gaben den beiden Dortmunder Wissenschaftlern Julia Kramer und Thomas Langhoff Anlass, sich die Arbeits- und Lebenssituation der jungen Generation in Deutschland näher anzuschauen. Sie gingen den Fragen nach, wie die Chancen auf dem deutschen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verteilt sind, welche Wege beim Übergang in Ausbildung, Studium und Arbeitsleben beschritten werden, welche Auswirkungen sich für Lebensqualität und Zukunftschancen ergeben und mit welchen Folgen für die Gesundheit gerechnet werden muss. Anhand einer Vielzahl aktueller Daten werden in der bei der Hans-Böckler-Stiftung veröffentlichten Studie „Arbeits- und Lebensbedingungen der jungen Generation“ (Arbeitspapier 260) Antworten auf die Fragen gesucht. Mit Besorgnis stellen die Autoren fest, dass für Jugendliche, die es nicht auf Anhieb in ein Ausbildungsverhältnis oder ein stabiles Arbeitsverhältnis geschafft haben, und die auch nach einem Jahr der Suche und des Übergangs keinen Einstieg finden, die Gefahr besteht, dass sie dauerhaft in unsicheren Arbeitsverhältnissen verharren. Es würden sich so neue Randgruppen bilden. Schaffe man diesen Randgruppen jedoch keine Möglichkeiten oder Alternativen zur Integration in den Arbeitsmarkt und somit zur sozialen Teilhabe, so die Autoren, bleibe ein subjektives Erleben von Exklusion bestehen. Ob dies in Massenprotesten oder gar -krawallen münden werde, würde auch davon abhängen, inwieweit die junge Generation auf offene Ohren und wahre Handlungsbereitschaft stoße. Hierzu werden in der Studie abschließend einige Handlungsempfehlungen für Politik und Gesellschaft gegeben – angefangen bei

einer durchlässigeren und gründlicheren Bildungspolitik, über förderliche Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen bis hin zur Förderung von Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten in den Betrieben.

MEHR INFOS:

<http://www.boeckler.de>

■ Studieren im Ausland

Allen Bestrebungen nach sozialer Durchlässigkeit zum Trotz: Deutsche Studierende, deren Eltern keinen Hochschulabschluss haben, gehen seltener ins Ausland als die Sprösslinge aus Akademikerfamilien. Dies zeigt eine aktuelle Studie der Bildungssoziologin Claudia Finger vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). 1997, also vor den Bologna-Reformen, lag der Anteil der Akademikerkinder, die im Ausland studierten, nach Fingers Berechnungen noch bei 14 Prozent, gut drei Prozentpunkte über dem der Nicht-Akademikerkinder. Deren Vorsprung hat sich bis 2006 auf fast sechs Prozentpunkte erhöht: Akademikerkinder studierten zu 16 Prozent im Ausland, Nicht-Akademikerkinder zu zehn Prozent – und damit sogar noch weniger als 1997. Gründe hierfür sieht Finger in der schlechten grenzüberschreitenden Verzahnung von Studienverläufen. Dies verlängere häufig das Studium und erhöhe so die Kosten für den Einzelnen. Die Höhe einiger Stipendien, insbesondere im ERASMUS-Programm, bewege sich ohnehin oft auf Taschengeldniveau. Bildungssoziologin Finger empfiehlt außerdem, bereits im Schulalter längere Auslandsaufenthalte zu fördern: Dies erhöhe nachweislich die Reiselust während des Studiums. Finger erhielt für die Arbeit, die als Masterarbeit an der FU Berlin eingereicht wurde, den Preis der Gesellschaft für Hochschulforschung 2012. Datenbasis bilden die 15. und die 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks aus den Jahren 1997 und 2006. Einige Ergebnisse ihrer Studie sind im WZB-Brief Bildung vom 20. April 2012 veröffentlicht.

MEHR INFOS:

<http://www.wzb.eu/de/publikationen/wzbrief-bildung>

■ Dienstleistungen für Ältere in Europa

Die Lebenserwartung der Menschen in Europa steigt und damit auch der Bedarf an unterstützenden Dienstleistungen. Und was diese anbelangt, so zeichnet sich Deutschland im europäischen Vergleich durch ein insgesamt recht umfassendes und universelles System der Pflege mit entsprechenden Standards bei der Qualitätssicherung aus. Zu diesem Ergebnis kommt zumindest die im Juni veröffentlichte Studie „Unterstützende Dienstleistungen für ältere Menschen im europäischen Vergleich“ des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA).

Unterentwickelt, so das IZA, sei dagegen die Versorgung mit haushaltsnahen Dienstleistungen. Ein Blick in die europäischen Nachbarstaaten könnten zeigen, dass institutionelle Reformen die Versorgung mit Dienstleistungen sowohl bei personenbezogenen pflegerischen als auch bei haushaltsnahen Diensten verbessern und Beschäftigungspotenziale besser ausschöpfen lassen können.

Der Aufbau formeller Dienstleistungen benötige eine tragfähige Finanzierung, die nicht ohne öffentliche Mittel auskomme, um die Dienstleistungen für die Nutzer erschwinglich zu gestalten. Doch während im Kernbereich personenbezogener Dienstleistungen, insbesondere in der Pflege, solidarische Finanzierung angemessen erscheine, sei es durchaus vertretbar, die Nutzer anderer Dienstleistungen, etwa bei Hilfen im Haushalt, finanziell an den Kosten zu beteiligen.

MEHR INFOS:

http://www.iza.org/de/webcontent/index_html

■ Bildung in Deutschland: Noch immer nicht zufriedenstellend

Im Juni ist der seit 2006 vierte Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2012“ erschienen. Der Bericht, der von einer unabhängigen Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vorgelegt wird, liefert auf rd. 360 Seiten eine äußerst umfassende aktuelle Bestandsaufnahme des deutschen Bildungswesens von den Rahmenbedingungen (z. B. demografische Entwicklung, Finanzen), über Aspekte der

Bildungsbeteiligung und der Bildungsergebnisse bis hin zu den Bildungserträgen, etwa in Form von Arbeitsmarkt-beteiligung und Einkommen. Im Rahmen einer vertiefenden Analyse wird Fragen der kulturellen Bildung im Lebenslauf nachgegangen.

Die Studie gibt einerseits Grund zu Optimismus: So hat sich die Lesekompetenz in den Schulen verbessert, das Schulabschlussniveau weiter erhöht und ist die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss zurückgegangen. Doch die Probleme bleiben: Der Anteil von Personen ohne Schul- und ohne Berufsabschluss an der Bevölkerung ist weiterhin zu hoch (2010 betraf das 17,5 Prozent der männlichen Bevölkerung im Alter von 30 bis 35 Jahren), die Jugendarbeitslosigkeit, auch wenn im internationalen Vergleich gering, betrifft ostdeutsche Jugendliche besonders, und schwierige häusliche Bedingungen stellen weiterhin ein zentrales Problem für den Bildungserfolg von Kindern dar.

Der Autorengruppe zufolge zeichnen sich weitreichende Veränderungen in der Bildungslandschaft an. Dies betrifft unter anderem die weitere Ausdifferenzierung und Öffnung des Bildungswesens, etwa halbtags/ganztags, öffentlich/privat etc. Dies öffne zwar Chancen für die Teilnehmer, aber um diese Chancen wahrzunehmen, müsse deren Kompetenz zur individuellen Planung von Bildungswegen intensiver gefördert und die Koordinierung und Steuerung zwischen den Bildungseinrichtungen organisiert werden.

Zu den weiteren zentralen Herausforderungen der aktuellen Entwicklungen gehören den Autoren zufolge vier inhaltliche Fragen mit hoher Dringlichkeit: Der Ausbau von Kita-Plätzen von unter 3-Jährigen, der quantitative und qualitative Ausbau von Ganztagsangeboten, die Reduzierung von Jugendlichen im Übergangssystem und eine Neugestaltung der Schnittstelle zwischen Berufsbildungs- und Hochschulsystem.

MEHR INFOS:

<http://www.bildungsbericht.de/>

■ Jugendarbeitslosigkeit in Europa

In fast allen europäischen Ländern ist die Jugendarbeitslosigkeit in Folge der

Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich gestiegen. Anlass für die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa und die Strategien der Länder über längere Zeiträume als die aktuelle Krise hinweg zu betrachten. Die Ergebnisse wurden im Juli von der FES unter dem Titel „Youth Unemployment in Europe. – Theoretical Considerations and Empirical Findings“ veröffentlicht.

Zu den zentralen Ergebnissen der Studie, die einen Untersuchungszeitraum von rd. 30 Jahren umfasst, gehört die Beobachtung, dass junge Menschen in Krisen zwar früher als ältere von Arbeitslosigkeit erfasst werden, letztlich alle Altersgruppen betroffen sind. Jugendliche entwickeln individuelle Vermeidungsstrategien gegenüber drohender Arbeitslosigkeit. Sie bleiben länger im Bildungssystem oder kehren ins Bildungssystem zurück, und sie zeigen ein hohes Maß regionaler Mobilität.

Es gebe, so fasst der Autor Hans Dietrich zusammen, keine klaren Anhaltspunkte, wie Jugendarbeitslosigkeit vermieden oder abgebaut werden kann und keine universell gültigen Lösungen. Nicht in der aktiven Arbeitsmarktpolitik und auch nicht mit Blick auf die Regulierung/Deregulierung des Arbeitsmarktes. Die nationalen Strategien unterscheiden sich stark. Da der Übergang von der Schule in den Beruf komplex und die individuellen Ressourcen zu diesem Zeitpunkt stark variieren, könne eine gute Beratung der Familie und der Jugendlichen beim Übergang behilflich sein.

MEHR INFOS:

<http://www.fes.de/>

■ Sanktionen für Hartz IV Bezieher

Wer arbeitslos ist, Hartz IV bezieht und sich nicht bemüht, einen Job zu finden, muss mit Kürzungen beim Arbeitslosengeld rechnen. Doch welche Personen sind besonders von Sanktionen betroffen und warum? Diesen Fragen ist das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit nachgegangen. Das Ergebnis: Männer sind deutlich häufiger von Sanktionen betroffen als Frauen und auch Jüngere unter 25 Jahren werden sehr häufig sanktioniert, Ältere

ab 50 Jahren dagegen kaum, auch ein hoher Schulabschluss ist mit einer sehr geringen Sanktionswahrscheinlichkeit verbunden. Gleiches gilt für die Sanktionsraten von Müttern mit Kindern im Alter von unter drei Jahren.

Die Studie „Übergänge von Alg-II-Beziehern in die erste Sanktion“, die auf der Homepage des IAB zur Verfügung steht, stellt die Sanktionsregelungen des SGB II detailliert dar und beschreibt auf Basis von administrativen Personendaten erste Sanktionierungen verschiedener Personengruppen und ihre Ursachen. Ursachenforschung ist nicht unwichtig, denn die seltener sanktionierten Personengruppen sind nicht zwingend kooperationsbereiter oder die stärker sanktionierten Gruppen weniger kooperationsbereit. Vielmehr stehen dahinter auch Besonderheiten der Gesetzeslage und Strategien in der Arbeitsvermittlung. So ist beispielsweise die hohe Sanktionierung der jungen Arbeitslosen auf die besondere Konzentration von Aktivierungsbemühungen auf diese Altersgruppe zurückzuführen, Mütter von Kindern im Alter von unter drei Jahren wiederum müssen der Vermittlung gar nicht zur Verfügung stehen.

Mit der Untersuchung, so das IAB, konnten einige neue Erkenntnisse gewonnen werden. Unter anderem zeigte sich, dass viele der sanktionierten Jugendlichen bald nach Eintreten der Sanktion einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgingen. Kausale Bezüge, so warnt das IAB aber, sollten aber nicht gezogen werden.

MEHR INFOS:

<http://www.iab.de>

■ Was sind die richtigen Glücksindikatoren?

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bzw. seine Veränderung ist seit langem der zentrale Indikator zur Messung des nationalen Wohlstands. Klar war aber seit den 60er Jahren, dass der Indikator kaum taugt, Aussagen zur Lebensqualität in einem Land zu machen, da er zentrale menschliche Bedürfnisse, etwa den Gesundheitszustand der Bevölkerung, den sozialen Zusammenhalt oder die ökologischen Lebensbedingungen nicht berücksichtigt. Daher werden seit längerem alternative bzw. ergänzende Kon-

zepte zum BIP debattiert. Sie sollen das Wohlbefinden einer Bevölkerung jenseits des materiellen Wohlstands beschreiben. Selbst der Bundestag hat mittlerweile eine arbeitsame „Enquête-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ hierzu eingesetzt. Aber taugen die neuen Konzepte wirklich zur Darstellung der Lebensqualität, des Wohlbefindens der Menschen in einer Gesellschaft?

Die Sozialwissenschaftler Jan Delhey und Christian Kroll haben sich am Wissenschaftszentrum Berlin verschiedene neue Konzepte systematisch angesehen und kommen zu einem überraschenden Ergebnis: Das BIP und seine Veränderungen, sind durchaus geeignet, die Lebensqualität in einer Gesellschaft darzustellen – es deckt sich in hohem Maße mit der subjektiven Zufriedenheit in der Bevölkerung. Der Grund liegt auf der Hand: Mit Geld können in einer Gesellschaft eben auch viele Bedürfnisse jenseits des reinen Konsums befriedigt werden, etwa soziale Sicherheit, Bildung, oder Umweltschutz. Allerdings gibt es einen Index, den die Wissenschaftler für besser (wenn auch verbesserungs- und ausbaufähig) halten als das BIP, nämlich den „Better Life Index“ der OECD. Das Indikatorenset erweist sich insbesondere dann als prognosetauglich, wenn es um die Erfassung des subjektiven Wohlbefindens in den reicheren OECD Staaten geht. Es erfasst verschiedene elementare Facetten des Alltags der Bevölkerung, wie Einkommen, Jobzufriedenheit, Wohnen, Sicherheit, Umwelt, Work-Life-Balance etc. Der Better Life Index, so die Autoren, könne zwar noch optimiert werden, er bilde aber in sinnvoller Weise die Mehrdimensionalität menschlicher Bedürfnisse ab.

Die Studie „A „HappinessTest“ for the New Measures of National Well-Being: How Much Better than GDP are they?“ steht auf der Homepage des Wissenschaftszentrums Berlin als Discussion Paper SPI 2012-201 zur Verfügung, die Ergebnisse des Better-Life-Index und weitere Informationen können auf der Seite der OECD abgerufen werden.

MEHR INFOS:

<http://www.wzb.eu>

Autor von TRENDS & FACTS ist Erwin Dehlinger